

Retten Sie die GfbV!
Damit wir weiter arbeiten
können, sind wir jetzt auf
Ihre Spende angewiesen!

VOICE

Die Zeitschrift der GfbV | März 2013 | Nummer 1



Situation der Roma im Kosovo

Schweiz muss sich für die Roma im Kosovo einsetzen

Seit 2009 gilt der Kosovo als «sicheres Land». Menschen, die einer diskriminierten Minderheit wie die der Roma, der Aschkali oder der Ägypter angehören, werden aus der Schweiz weggewiesen – auch unter Zwang. Im Kosovo werden die Roma dann sich selbst überlassen. Aufgrund der Situation im Kosovo fordert die GfbV, auf die zwangsweise Abschiebung von Roma zu verzichten. Die Schweiz muss sich verstärkt für den Minderheitenschutz einsetzen.

Der Minderheitenschutz ist eine Grundvoraussetzung für eine sichere und nachhaltige Rückkehr von Ange-

hörigen einer Minderheit in ihr Heimatland. Im noch jungen Staat Kosovo ist dieser Minderheitenschutz nur auf dem Papier gegeben. Obwohl grosse Geldsummen eingesetzt werden, um die staatlichen Strukturen Kosovos zu stärken und auch die Schweiz zahlreiche Projekte mitfinanziert, hat sich die Situation der Angehörigen der Roma, der Aschkali und der Ägypter (RAE) im Kosovo noch kaum verbessert. Mit der Migrationspartnerschaft zwischen der Schweiz und dem Kosovo existiert seit 2010 ein weiteres Instrument, welches genutzt werden könnte, um dieser unbefriedigenden Situation entgegen zu wirken. Im «Memorandum of Understanding», das die Schweiz und der

Das bleiverseuchte Flüchtlingslager «Osterode» (im Bild) im Norden Mitrovicas wurde kurz vor Weihnachten geschlossen. Die Situation für die Roma im Kosovo ist aber weiterhin dramatisch.

(Foto: Bernhard Sullivan)



**GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER**

Kosovo im Februar 2010 unterzeichnet haben, wird hervorgehoben, dass durch die Migrationspartnerschaft ein konstanter Dialog und ein gemeinsamer Reflexionsprozess zwischen den unterzeichnenden Staaten angestrebt wird. Mit der Migrationspartnerschaft hätte die Schweiz also die Möglichkeit, die Rückkehr- und Integrationsbedingungen der Menschen zu steuern, die in den Kosovo zurückkehren müssen.

Diskriminierung statt Reintegration

Laut Bundesamt für Migration (BFM) hat die Schweiz seit Beginn der Migrationspartnerschaft im Jahre 2010 661 Personen, die einer Minderheit angehören, unter Zwang in den Kosovo zurückgeführt. Diese Personen sind einzig und allein von der Reintegrationsmassnahmen des kosovarischen Staates abhängig.

Die GfbV ist Ende November 2012 dem Schicksal von fünf Romafamilien nachgegangen, die seit dem Inkrafttreten der Migrationspartnerschaft aus der Schweiz ausreisen mussten. Aus den Fallstudien geht hervor, dass die Unterstützung von RückkehrerInnen sehr mangelhaft und willkürlich ausfällt. Offensichtlich besteht keine einheitliche Regelung und Praxis der Unterstützung und Integration der zwangsweise zurückgeführten Familien. Zudem werden die Familien ungenügend darüber informiert, auf welche Leistungen sie Anspruch haben und wie sie diese beantragen können. Die Mehrzahl der Kinder in unseren Fallbeispielen haben einen Grossteil ihres Lebens – wenn nicht gar ihr gesamtes Lebens – in der Schweiz verbracht und sprechen kein oder kaum albanisch. Keine der Familien verfügt über ein gesichertes Einkommen. Solange die Familien keine nachhaltige Einkommensquelle haben, werden sie nicht im Kosovo bleiben. Dies liegt nicht nur an mangelnden ökonomischen Perspektiven, sondern auch an der unklaren Sicherheitslage.



Foto: Bernhard Sullivan

Prekäre Situation für die Roma im Kosovo: Die GfbV fordert, vorläufig auf zwangsweise Rückschaffungen in den Kosovo zu verzichten.

Als die GfbV im Januar 2013 die Familien wieder aufsuchen wollte, war keine mehr auffindbar. Alle hatten zu diesem Zeitpunkt den Kosovo bereits wieder verlassen. Eine Familie befindet sich gegenwärtig bei Verwandten in Mazedonien, die restlichen vier halten sich offenbar wieder in westeuropäischen Ländern auf.

Im Januar 2013 kam es im Rahmen der Migrationspartnerschaft zu Verhandlungen zwischen der Schweiz und dem Kosovo. Inwieweit auf die desolate Situation von unter Zwang rückgeführten Minderheiten eingegangen wurde, ist nicht bekannt. Tatsache ist, dass sich der kosovarische Staat gegenwärtig ausser Stande befindet, die menschenwürdige Reintegration von zurückkehrenden Minderheiten zu gewährleisten. Damit ist eine zentrale Übereinkunft der Migrationspartnerschaft verletzt. Soll das Steuerungsinstrument «Migrationspartnerschaft» nicht zur Farce verkommen, liegt es nun an der Schweiz, von ihrem Vertragspartner die Umsetzung des Abkommens und die konsequente Reintegration von Minderheiten einzufordern. Solange sich die Situation im Kosovo nicht verbessert, soll die Schweiz auf zwangsweise Rückführungen von Roma verzichten.

Text: Angela Mattli

Kosovo: Bleiverseuchtes Flüchtlingslager endlich geschlossen

Kurz vor Weihnachten wurde endlich auch das letzte bleiverseuchte Flüchtlingslager im Norden Kosovos geschlossen. Die letzten sechs Roma- und Ashkali-Familien des Lagers «Osterode» konnten in neuerichtete Wohnungen im Norden Mitrovicas ziehen. Bis zu 150 Familien wohnten früher im Flüchtlingslager «Osterode».

Auf dem kontaminierten Gelände einer ehemaligen Bleischmelzanlage gab es seit 1999 insgesamt vier Flüchtlingslager für

rund 1400 Roma und Ashkali. Seit 2001 hat die GfbV wegen der Verseuchung des Geländes die Schliessung des Lagers gefordert. Viele Flüchtlinge klagten über gesundheitliche Probleme. Auf Initiative der GfbV nahm ein Umweltmediziner im Jahr 2005 Haar- und Blutproben unter den Betroffenen – mit erschreckendem Ergebnis: Die Bleiwerte überstiegen den Grenzwert mindestens um das Zwanzigfache, bei mehreren Kindern waren sie gar 1200-

fach erhöht. Das Nerven- und Immunsystem wird durch eine hohe Schwermetallkonzentration irreversibel geschädigt, das Knochenwachstum und die Blutbildung werden gestört. Frauen erleiden häufig Fehlgeburten. Die GfbV begrüsst diesen längst fälligen Schritt. (rm)

Retten Sie die GfbV – damit wir unsere Menschenrechtsarbeit auch weiterhin tun können!

Seit bald 25 Jahren setzt sich die Gesellschaft für bedrohte Völker für indigene Bevölkerungsgruppen und Minderheiten ein. Viele dieser indigenen Volksgruppen sind existenziell bedroht, oft werden sie von ihren Regierungen unterdrückt, zermürbt oder vertrieben. Die Lage der indigenen Gemeinschaften hat sich in den letzten Jahren im Zuge des Rohstoffhungers zusehends verschlechtert. Deshalb braucht es die GfbV auch heute noch – sogar mehr denn je.

Die Arbeit der GfbV ist äusserst erfolgreich. Sie hat ihre Themenpalette erweitert und das Team sorgfältig und mit Mass ausgebaut. Finanziert hat die GfbV diesen Ausbau durch viele Einzelspenden und durch Projektbeiträge von Stiftungen. Die GfbV ist es gewohnt, sorgfältig mit den knappen Mitteln umzugehen und den überwiegenden Teil ihrer finanziellen Ressourcen in die inhaltliche Arbeit zu stecken.

Das Erreichte ist in Gefahr

Doch nun ist das Erreichte in Gefahr: Vor kurzem hat die GfbV entdeckt, dass sie Opfer einer substanziellen Veruntreuung geworden ist (siehe Text unten). Sie wurde dadurch finanziell massiv geschädigt. Die GfbV hat unmittelbar nach Entdecken der Veruntreuung Strafanzeige eingereicht. Nun ermitteln die Strafverfolgungsbehörden.

Der Vorstand, die Mitarbeitenden und viele Sympathisantinnen und Sympathisanten sind erschüttert. Um die Weiterexistenz der GfbV sicherzustellen, mussten wir eine Reihe von teils sehr einschneidenden Massnahmen ergreifen: Das laufende Budget musste massiv gekürzt und die Arbeitspensen von Mitarbeitenden bis hart an die Schmerzgrenze reduziert werden. Auch die Entlassung einer Mitarbeiterin war nicht zu umgehen. Trotz all dieser Sparanstrengungen ist die Zukunft der GfbV noch immer nicht gesichert.

Gemeinsam mit Ihnen schaffen wir es!

Wir sind dringend auf die Solidarität und die finanzielle Hilfe unserer Mitglieder, Spenderinnen und Spender und Sympathisierenden angewiesen. Nur so können wir den finanziellen Engpass überwinden!

Nachdem wir den ersten Schrecken überwunden haben, ist neuer Optimismus zu spüren. «Jetzt erst recht» wollen wir unsere inhaltliche Arbeit fortsetzen. Denn Indigene und Minderheiten in aller Welt sind auf das solidarische Engagement von Organisationen wie der GfbV angewiesen. Sie dürfen nicht Opfer eines dreisten Diebstahls werden.

Für Ihre Grosszügigkeit bedanken wir uns herzlich bei Ihnen. Damit erlauben Sie uns, unsere Arbeit zu Gunsten der Schwachen fortzuführen und für Menschen einzustehen, die in ihrer Existenz bedroht sind, deren Stimme ungehört bleibt und deren Rechte durch wirtschaftliche Machenschaften eingeschränkt werden. Wir danken Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung!

Ruth-Gaby Vermot-Mangold, Präsidentin
Göpf Berweger, Vize-Präsident und Mitbegründer der GfbV
Christoph Wiedmer, Geschäftsleiter

P.S. Im Spender-/Mitglieder-Mailing, welches viele von Ihnen Ende Februar erhalten haben, haben wir nicht auf den Veruntreuungsfall hingewiesen. Zum Zeitpunkt der Drucklegung des Mailings durften wir aus Rücksicht auf das Strafverfahren nicht über den Veruntreuungsfall sprechen; wann wir unsere Mitglieder, Spender und die Öffentlichkeit werden informieren dürfen, war damals noch nicht absehbar. Wir bitten Sie um Verständnis.

Prominente Stimmen zur GfbV

Auf die Nachricht, dass die GfbV wegen des Veruntreuungsfall es in grossen finanziellen Schwierigkeiten steckt, haben viele Menschen schockiert reagiert. Wir erfahren aber eine grosse Solidarität – das gibt uns Mut weiterzukämpfen. Herzlichen Dank!



«Die GfbV kämpft engagiert gegen die Strafflosigkeit – deshalb braucht es die GfbV auch in Zukunft.»

Dick Marty Ehemaliger Ständerat und Sonderermittler des Europaparlamentes



«Der cfd schätzt das Engagement der GfbV für die Menschenrechte und ihre zuverlässigen und fundierten Informationen und arbeitet seit Jahren immer wieder mit der GfbV zusammen.»

Cécile Bühlmann Geschäftsleiterin cfd, ehemalige Nationalrätin

Strafanzeige eingereicht

Die GfbV ist Opfer einer substanziellen Veruntreuung geworden. Ein Strafverfahren gegen den mutmasslichen Täter ist eröffnet worden.

In den letzten beiden Jahren wurden Mittel der GfbV mit raffiniertem Vorgehen und erheblicher krimineller Energie veruntreut. Vorstand und Geschäftsleitung haben unmittelbar nach Entdecken der unrechtmässigen Transaktionen einen Anwalt eingeschaltet – dieser hat Strafanzeige eingereicht. Die Staatsanwaltschaft des Kantons Bern hat in der Zwischenzeit ein Strafverfahren eröffnet. Zum laufenden Verfahren können derzeit keine weiteren Angaben gemacht werden. Vorstand und Geschäftsleitung haben Massnahmen ergriffen, um die Zukunft der GfbV zu sichern.

Die Stiftung Zewo wurde über den Veruntreuungsfall informiert. Die GfbV verzichtet bis auf weiteres auf das Führen des Zewo-Gütesiegels.

Metalor darf sich nicht aus der Verantwortung stellen

Metalor Technologies SA, die grösste Schweizer Goldraffinerie, verarbeitet auch Gold aus dem peruanischen Madre de Dios – eine der schlimmsten Goldabbaugebieten: Der grösste Teil des Goldes wird dort illegal gefördert. Metalor beteuert, ihr Gold stamme ausschliesslich aus «legalen» Minen. Das mag formell stimmen, doch die Registrierung der Goldschürfer ist keine Gewähr für «sauberes» Gold.

Eines der grössten Probleme im Goldabbau ist der Kleinbergbau, wie er etwa in der Region Madre de Dios im peruanischen Regenwald betrieben wird: Die Folgen des Goldabbaus für Natur und Umwelt sind katastrophal. Bereits mehr als 150 000 Hektaren Regenwald wurden abgeholzt und beim Abbau gelangen Unmengen von Quecksilber in die Umwelt – das gefährdet die Gesundheit der Goldschürfer und der ansässigen Bevölkerung. Deren Mitspracherecht wird dabei nicht respektiert. Immer wieder kommt es zu gewaltvollen Zusammenstössen zwischen den Kleinschürfern und der Polizei. Die grosse Armut und das Gold-Business fördern zudem Kinderarbeit und Prostitution. Laut Sonntagszeitung und der peruanischen Zeitung «El Comercio» laufen gegen verschiedene Firmen, die in Madre de Dios tätig sind,

Untersuchungen wegen Drogenhandel, Geldwäscherei und Steuerhinterziehung.

Metalor bezieht Gold aus Madre de Dios

Die peruanischen Exportstatistiken zeigen, dass auch die grösste Schweizer Goldraffinerie, die Metalor Technologies SA, Gold aus der Region Madre de Dios bezieht. Im vierten Quartal 2012 etwa bezog Metalor mindestens 466 kg Gold im Wert von mehr als 20 Millionen Franken von zwei Lieferanten aus Madre de Dios. Gegenüber den Tageszeitungen «Der Bund» und «Tages-Anzeiger» betonte ein Metalor-Sprecher Ende Dezember 2012, alle Zulieferer aus Peru seien registriert und würden das Gold legal abbauen. Doch was ist diese Registrierung wert?

Seit letztem Jahr bestehen gesetzliche Grundlagen zur Formalisierung der mehrheitlich illegal arbeitenden Goldschürfer in der Region Madre de Dios. Hat ein Minenbetreiber eine national erteilte Konzession für ein bestimmtes Terrain erworben und eine vom Ministerium für Energie ausgestellte Lizenz zum Goldabbau erhalten, verpflichtet er sich zwar, bestimmte Umweltstandards einzuhalten oder den negativen Umwelteinfluss zu minimieren. Was das konkret bedeutet, bleibt aber offen. Zudem verfügen die pe-



Foto: terre des hommes

ruanischen Behörden nicht über genügend personelle und fachliche Ressourcen, die Umsetzung dieser Formalisierungsziele zu kontrollieren.

Metalor darf sich also nicht damit begnügen, dass ihr Gold aus Madre de Dios offiziell als legal gilt. Denn ob es auch

Die Schweiz muss den Tatbeweis erbringen!

Die Schweiz ist Vorreiterin der im Januar verabschiedeten «Quecksilberkonvention». Nun muss die Schweiz den Worten Taten folgen lassen.

Rund 140 Staaten haben auf Initiative der Schweiz und Norwegens am 19. Januar in Genf die «Quecksilberkonvention» verabschiedet, die den Gebrauch von Quecksilber stark einschränken und die Verschmutzung durch das Umweltgift bekämpfen will. Die Konvention setzt auch beim Goldabbau an, denn rund ein Drittel der weltweiten Quecksilberemissionen stammen aus dem Gold-Kleinbergbau.

Die Schweiz steht nun doppelt in der Verantwortung. Die Schweiz ist nicht nur Vorreiterin der Quecksilberkonvention, sie ist auch die zentrale Drehscheibe im internationalen Goldbusiness und hat dadurch einen Einfluss auf die Produktionsbedingungen vor

Ort. Die Schweiz soll nun nach der Unterzeichnung der Quecksilber-Konvention mit gutem Beispiel vorgehen und nur noch Gold in die Schweiz einführen und hier verarbeiten, das ohne Freisetzung von Quecksilber abgebaut wurde. Die Gold-Produzenten wären so gezwungen, beim Abbau auf Quecksilber zu verzichten. Auch der Leiter der Schweizer Verhandlungsdelegation, Franz Perez, hat einen Einfuhrstopp von «schmutzigem Gold» öffentlich begrüsst.

Die Schweiz soll zudem mit lokalen Organisationen zusammenarbeiten, um gemeinsam mit den im Kleinbergbau beschäftigten Personen Abbaumethoden zu entwickeln und zu fördern, die ohne den Einsatz von Quecksilber auskommen. Zudem braucht es für die Menschen vor Ort auch alternative Einkommensmöglichkeiten.

Text: Eva Schmassmann

Goldabbau und Menschenhandel

Die Stadt La Rinconada im Andendepartement Puno geriet in der Vergangenheit immer wieder in die Schlagzeilen. Nun schlägt auch die peruanische Polizei Alarm. Die Goldschürferstadt hat sich zu einem Zentrum für Menschenhandel mit Minderjährigen entwickelt. Gold aus La Rinconada wird auch in der Schweizer Goldraffinerie Metalor Technologies verarbeitet.

Auf 5400 Metern über Meer, am Fusse eines Gletschers, liegt das Städtchen La Rinconada. In La Rinconada wird seit Jahren Gold abgebaut, teilweise auch illegal. 40 Tonnen Gold waren es im 2011 – das ist rund ein Viertel der peruanischen Goldproduktion. Seit der Goldpreis hoch ist und Gold viel Wert ist, ist auch die Anzahl der Kleinschürfer gestiegen. Von wirtschaftlicher Armut getrieben suchen Tausende ihr Glück im erzeichen Gebiet in La Rinconada. Noch 2007 lebten in La Rinconada rund 20 000 Einwohner. Schätzungen zufolge waren es 2012 ungefähr 50 000. Jahrzehntlang waren die staatlichen Kontrollinstanzen kaum präsent – in La Rinconada entwickelten sich eigene Gesetze. Kriminalität und Straflosigkeit sind kennzeichnend für den Ort.

Die Einnahmen aus dem Goldabbau sind jedoch nicht nur Lebensgrundlage der Kleinschürfer. Rund um das Goldbusiness hat sich auch ein Zentrum für den Handel mit Minderjährigen im Sexgewerbe etabliert. 4500 Mädchen aus verarmten Bauerngemeinschaften der südlichen Andenregion werden hier zur Prostitution gezwungen. Mit der Aussicht auf einen Arbeitsplatz im Gastgewerbe werden sie angelockt, bevor sie gezwungen werden, zahlungsbereite Klienten für einen der 200 Barbetriebe anzuwerben. Für umgerechnet 35 US-Dollars müssen die Mädchen anschaffen gehen. Ein dreckiges Geschäft mit Minderjährigen, das dank dem Goldhandel floriert.

Der Goldhandel in die Schweiz

Ein wichtiger Handelspartner der Kleinschürfer aus La Rinconada ist die Schweiz. Das gleichnamige peruanische Gold-Handelsunternehmen «La Rinconada» exportierte 2011 gemäss peruanischer Handelsstatistik Gold im Wert von über 448 Millionen US-Dollars in die Schweiz. Eine der grössten Schweizer Goldraffinerien, die Firma Metalor Technologies SA aus Neuchâtel, bezog laut der peruanischen Statistik im vierten Quartal 2012 insgesamt 838 Kilogramm Gold aus La Rinconada. Dieses Gold hat einen Wert von rund 42 Millionen US-Dollars. Metalor sorgt so dafür, dass das Geschäft mit schmutzigen Gold in der Andenstadt weiter floriert.

Text: Golda Fuentes



Goldabbau in der Region Madre de Dios: Die Schäden an der Natur und für den Lebensraum der Indigenen sind immens.

«sauber» ist, darüber sagt die Registrierung nichts aus. Der Goldabbau in Madre de Dios ist besonders konfliktgeladen. Metalor darf sich nicht länger unwissend stellen. Metalor muss Verantwortung übernehmen.

Text: Marianne Naeff



Unterstützen Sie uns im Kampf gegen schmutziges Gold. Unterschreiben Sie die Petition «No dirty gold!» online auf www.gfbv.ch/no_dirty_gold

«Traumferien» auf dem Schlachtfeld

In Sri Lanka sind Menschenrechtsverletzungen immer noch an der Tagesordnung. Die Regierung weigert sich weiterhin, die Kriegsverbrechen aufzuklären, und die Armee baut Hotels neben Schlachtfeldern. Das hindert den britischen Reisebuchverlag «Lonely Planet» nicht daran, Sri Lanka zur Top-Reisedestination 2013 zu küren.

Seit November wirbt die sri-lankische Armee für den neu erstellten Hotelkomplex «Lagoon's Edge» im Norden Sri Lankas. Staatspräsident und Oberbefehlshaber der Armee, Mahinda Rajapaksa, eröffnete das Hotel Ende November höchstpersönlich. Gedacht ist das Ferienresort für Kriegsveteranen, die den Ort sehen wollen, wo der Anführer der Tamil Tiger, Vellupilai Prabhakaran, getötet wurde. Das Resort überblickt denn auch die Frontlinie der letzten, blutigen Monate des Krieges, die sogenannten «Killing Fields». Gemeint sind die 14 Quadratkilometer, auf denen hunderttausende Tamilen zusammengepfercht waren und unter heftigem Artilleriebeschuss standen. Schätzungen der UNO zufolge starben dabei mindestens 40 000 Zivilisten; ein Umstand, den die Regierung bis heute abstreitet. Viele der mutmasslichen Kriegsverbrecher sind noch immer an der Macht und nehmen strategisch wichtige Positionen innerhalb der Regierung oder als diplomatische Vertreter ein.

Air Force transportiert Touristen

Derweil forciert die Regierung Sri Lankas Image als Ferienparadies. Der Reisebuchverlag «Lonely Planet» liess sich offensichtlich von der Propaganda beeindrucken und ernannte Sri Lanka zur Top-Reisedestination 2013. Das ist in mehrerer Hinsicht problematisch: Touristen, welche Sri Lanka besuchen, laufen Gefahr, mutmassliche Kriegsverbrecher zu unterstützen. Denn auch die Armee tritt als Reiseveranstalter auf – eine



Foto: Lagoon's Edge (Facebook)

Staatspräsident Mahinda Rajapaksa bei der Eröffnung des «Lagoon's Edge» Ende November 2012.

klare Trennung zwischen privaten Unternehmen, der Armee und der Regierung gibt es in Sri Lanka nicht. Helitours, der kommerzielle Arm der sri-lankischen Luftwaffe, bietet beispielsweise Inlandflüge an. «Lonely Planet» verweist im aktuellen Reisehandbuch mehrmals auf Helitours, ohne die Vermischung von Armee und privatem Unternehmen kritisch zu hinterfragen. Im Hintergrundkapitel schreibt «Lonely Planet», der Krieg in Sri Lanka sei beendet – auf die Menschenrechtssituation wird mit keinem Wort eingegangen.

Die GfbV hat «Lonely Planet» mit den Vorwürfen konfrontiert und kann bereits einen ersten Erfolg verbuchen: «Lonely Planet» hat angekündigt, die Neuauflage des Sri-Lanka-Reiseführers vorzuziehen und auf die aktuellen Entwicklungen in Sri Lanka hinzuweisen.

Text: Jessica Fuchs

Unabhängige Richterin abgesetzt

Die oberste Richterin Sri Lankas, Shirani Bandaranayake, ist Mitte Januar von Staatspräsident Mahinda Rajapaksa abgesetzt worden.



Shirani Bandaranayake
Foto: S. Bandaranayake (Wikipedia)

Bandaranayake galt als unabhängig und hat Klagen wegen Menschenrechtsverletzungen Ernst genommen. Offenbar wurde Bandaranayake nun ihre Unabhän-

gigkeit zum Verhängnis. Rajapaksa hat mit der Absetzung die Gewaltenteilung bewusst aufgehoben und mit Mohan Peiris einen Regierungstreuen zum obersten Richter Sri Lankas ernannt.

Peiris ist ein alter Bekannter der GfbV: Am Menschenrechtsrat in Genf setzte er sich gegen eine unabhängige Untersuchung der Kriegsverbrechen ein und outete sich auf einem GfbV-Podium vom November 2011 als Hardliner. Auf dem Podium bezeichnete er die «Channel

4»-Dokumentation «Killing Fields» über den Krieg in Sri Lanka als internationale Verschwörung gegen sein Land. Während des Krieges sei es zu keinen Kriegsverbrechen von seiten der Armee gekommen, so Peiris vor etwas mehr als einem Jahr an der GfbV-Veranstaltung. (am)

Gefährliche Rückkehr für Tamilen

Immer mehr sri-lankische Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus Europa werden willkürlich verhaftet oder gefoltert. Die britische Zeitung «The Guardian» zeichnete letzten Sommer die Geschichte eines Rückgeführten nach, der nach seiner Ankunft in Sri Lanka schwerste Misshandlungen durch die sri-lankischen Behörden über sich ergehen lassen musste. Bereits im Februar 2012 dokumentierte Human Rights Watch (HRW) acht Fälle willkürlicher Verhaftungen und Folter an rückgeführten Asylsuchenden. Auch die Schweiz schafft nach wie vor Menschen nach Sri Lanka aus.

Dies obwohl der Bundesrat in seiner Antwort auf die Interpellation von Nationalrat Martin Naef (SP/ZH) zugibt, dass «insbesondere regierungskritische Medienschaffende, Menschenrechtsaktivisten, Mitarbeitende von Nichtregierungsorganisationen, Oppositionspolitiker oder ehemalige Aktivisten der Liberation Tigers of Tamil Eelam LTTE Übergriffe oder willkürliche Festnahmen» zu befürchten hätten.

Auf die Frage, wie sichergestellt werden könne, dass aus der Schweiz zurückkehrende sri-lankische Staatsangehörige bei ihrer Einreise nicht Repressionen oder Folter ausgesetzt sind, antwortet der Bundesrat: «Dem Bundesamt für Migration (BFM) sind keine [entsprechenden] Fälle bekannt.» (rm)

1. April 2013: Ostermarsch in Bern

Am Ostermontag findet unter dem Motto «Hand in Hand für eine faire Asylpolitik» der traditionelle Ostermarsch statt. Die diesjährige Ausgabe des Ostermarsches will ein Zeichen setzen gegen die ständigen Verschärfungen des Asylgesetzes. Auch die GfbV unterstützt den Ostermarsch. Treffpunkt ist um 13 Uhr im Eichholz in Wabern. Von dort führt der Umzug via Marzili der Aare entlang auf den Berner Münsterplatz.

Weitere Infos auf www.ostermarschbern.ch



Kurz

Nationalratspräsidentin Maya Graf statt Bundesrat Didier Burkhalter

Bundesrat Didier Burkhalter lehnt es ab, im April den Dalai Lama zu empfangen. Burkhalter begründet die Absage damit, dass «die Schweiz keine diplomatischen Beziehungen mit der tibetischen Exilregierung pflege». Der Bundesrat will offenbar die Beziehungen mit der chinesischen Regierung nicht beeinträchtigen – denn mit China wird derzeit auch über ein Freihandelsabkommen diskutiert. Stattdessen empfängt nun die Grüne Nationalratspräsidentin Maya Graf den Dalai Lama.

Freihandelsabkommen mit China: Aktion der China-Plattform am WEF

Am Rande des Weltwirtschaftsforums WEF hat die China-Plattform – ein Zusammenschluss von NGOs, dem auch die GfbV angehört – dem Schweizer Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann eine Petition überreicht, welche von mehr als 23 000 Menschen unterzeichnet wurde. Die Petition verlangt vom Schweizer Bundesrat, dass im Freihandelsabkommen mit China griffige Bestimmungen zum Schutz von Arbeits- und Menschenrechten verankert werden, insbesondere der Kernarbeitsnormen wie die Gewerkschaftsfreiheit, dem Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit sowie ein Diskriminierungsverbot. Zudem verlangt die China-Plattform die Einsetzung einer Kommission, welche die Umsetzung kontrolliert, und die Festschreibung eines klar definierten Verfahrens im Falle von Verstössen gegen Kernarbeitsnormen oder Menschenrechte.

VOICE

Impressum: VOICE 1/2013, März 2013 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Schermenweg 154, 3072 Ostermundigen, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch **Redaktion:** Reto Moosmann (rm) **Mitarbeit an dieser Nummer:** Angela Mattli (am), Jessica Fuchs (jf), Marianne Naeff (mn), Eva Schmassmann (es), Golda Fuentes (gf) **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 8000 Exemplare **Druck:** gdz AG, Zürich; gedruckt auf Plano Speed («FSC Mix») **Abonnement:** CHF 30.–/Jahr **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 60.–/Jahr

Menschenrechte müssen Thema sein!

Seit rund zwei Jahren verhandeln die Schweiz und die Efta-Staaten mit der Zollunion Russland, Weissrussland und Kasachstan über ein Freihandelsabkommen. Diese Verhandlungen waren auch Gegenstand des Treffens zwischen dem russischen Regierungschef Dmitri Medwedew und Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann am Rande des diesjährigen Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos. Im Vorfeld des Treffens rief die GfbV Schneider-Ammann auf, mit Medwedew vorab über die Menschenrechtslage in Russland zu sprechen. Zudem verlangte die GfbV in einem Brief an den Volkswirtschaftsminister, dass im Freihandelsabkommen verbindliche Menschenrechtsklauseln festgeschrieben werden.

Seit dem Amtsantritt des russischen Präsidenten Wladimir Putin im Februar 2012 hat sich die Situation für MenschenrechtsaktivistInnen, für kritische Medienschaffende und für Mitglieder der politischen Opposition nochmals verschlechtert: Wie die GfbV-Studie vom November 2012 zeigt, gehören Verschwindenlassen von Regimekritikern, die systematische Folter in Gefängnissen oder willkürliche Tötungen von vermeintlichen Terroristen in Dagestan, Tschetschenien und Inguschetien zur Tagesordnung.

Für die GfbV ist deshalb klar, dass es nur ein Freihandelsabkommen mit Russland geben darf, wenn sich die Menschenrechtslage in Russland entscheidend verbessert. (rm)



Protest am Weltwirtschaftsforum in Davos

224 Tage nachdem eine breite Koalition von Hilfswerken und NGOs (darunter auch die GfbV) die Petition «Recht ohne Grenzen» mit 135 000 Unterschriften eingereicht hatten, forderten AktivistInnen am WEF den Bundesrat und das Parlament auf, endlich dafür zu sorgen, dass Schweizer Firmen Menschenrechte und Umweltstandards weltweit respektieren.

Kampf gegen die Zerstörung des Amazonas

Am 10. Dezember, am Tag der Menschenrechte, haben die Kayapo-Häuptlinge Raoni (Mitte), Megaron (r.) und Bemoro anlässlich einer Pressekonferenz in Genf die internationale Völkergemeinschaft um Unterstützung gebeten. Die Kayapo kämpfen seit 20 Jahren für eine respektvolle Nutzung der natürlichen Ressourcen im Amazonas. Durch umstrittene Staudamm-Projekte wie Belo Monte, intensive Landwirtschaft und die Pläne der brasilianischen Regierung, auch Indigenschutzgebiete für den Rohstoffabbau zu öffnen, sind die Lebensgrundlagen der Kayapo ernsthaft in Gefahr.

Die Kayapo-Häuptlinge wurden auch von Navi Pillay, der UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, sowie von Schweizer Behördenvertretern empfangen. In der Woche zuvor trafen die Kayapo Frankreichs Präsidenten François Hollande. Die Delegation aus dem Amazonas weilte auf Einladung der GfbV und der französischen Nichtregierungsorganisation «Planète Amazone» in Europa. (rm)

